

📅 Dienstag, 23.10.2018 - 00:00 🕒 3 min

Ultranet-Trasse ein „Großversuch an Menschen“

FDP sieht gesundheitliche Bedenken gegen die geplante Hochspannungsleitung nicht ausgeräumt. Die Freien Wähler im Kreis Groß-Gerau fordern eine Ablehnung der Trasse auf bestehenden Strommasten.



Von **Daniel Baczyk**
Redaktion Südhessen



Vorhandene Strommasten sollen für Gleich- und Wechselstrom umgerüstet werden. Das Foto zeigt Arbeiten an einer Hochspannungsleitung bei Hochheim. (Archivfoto: Vollformat/Volker Dziemballa)

KREIS GROSS-GERAU - Die Diskussion um Führung der sogenannten Ultranet-Stromtrasse durch den Kreis Groß-Gerau nimmt Fahrt auf. Während die Freien Wähler im Kreistag die Ablehnung der neuen Hochspannungsleitung beantragen

wollen, erheben hessische FDP-Bundestagsabgeordnete schwere Vorwürfe gegen die Landesregierung: Diese wirke daran mit, aus dem Stromtransport von Nord- nach Süddeutschland einen „Großversuch an den betroffenen Menschen“ zu machen.

Die Ultranet-Trasse ist Teil einer Stromleitung von der Nordseeküste, wo leistungsstarke Windkraftanlagen stehen, bis nach Baden-Württemberg. Dabei sollen erstmals Gleich- und Wechselstrom auf denselben Masten übertragen werden. Dafür sollen bestehende Hochspannungstrassen genutzt werden, darunter jene, die das Kreisgebiet über Bischofsheim, Rüsselsheim, Wallerstädten, Dornheim und Wolfskehlen quert (wir haben berichtet).

Kreis verlangt Monitoring

Die Kreisverwaltung hat in einer Stellungnahme Bedenken geäußert: Grenzwerte von Geräuschen sowie elektromagnetischen Feldern sollten überwacht und ein Gesundheits-Monitoring für Wohngebiete an der Trasse eingeführt werden.

NUR ISOLATOREN WERDEN AUSGETAUSCHT

› Die Ultranet-Leitung soll 2023 in Betrieb gehen. Sie kann dann rund 2000 Megawatt elektrische Leistung übertragen – erstmals als Gleich- und Wechselstrom mit 380 Kilovolt Spannung auf denselben Masten. Dafür müssten nur Isolatoren ausgetauscht werden, erklärt der Übertragungsnetzbetreiber Amprion: [Wir haben diese Möglichkeit intensiv untersucht und sind zu](#)

Den Freien Wählern geht dies nicht weit genug. Wenn die Ultranet-Trasse erst einmal eingerichtet sei, komme eine Überwachung der Grenzwerte zu spät, argumentiert der Fraktionsvorsitzende Helmut Kinkel: „Wenn das Kind erst in den Brunnen gefallen ist, ist nichts mehr zu ändern.“ Die gesundheitlichen Risiken durch das Ultranet-Verfahren seien noch nicht zweifelsfrei geklärt, eine Belastung der Bürger durch Lärm und Strahlung könne nicht hingenommen werden. Kinkel macht auch darauf aufmerksam, dass die Bestandstrasse beispielsweise in Wallerstädten nahe an einem Wohngebiet vorbei und direkt über einen Kinderspielplatz führe.

Die Freien Wähler haben daher für die nächste Kreistagssitzung den Antrag gestellt, die neue Trasse abzulehnen. Stattdessen solle der Kreis Groß-Gerau ebenso wie der Main-Taunus-Kreis eine unterirdische Verlegung entlang der Autobahn verlangen.

Unterdessen haben die hessischen FDP-Bundestagsabgeordneten Bettina Stark-Watzinger, Alexander Müller und Stefan Ruppert eine Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf ihre Anfrage zu Ultranet präsentiert. Aus der Antwort gehe hervor, „dass die Bundesregierung einräumt, dass die Ultranet-Leitung ein Großversuch an den betroffenen Menschen ist, die unmittelbar an oder unter der Leitung wohnen“, erklärt Müller.

In der Antwort des Ministeriums auf die Frage nach einem Mindestabstand zwischen Trasse und Wohnbebauung als Beitrag zu Gesundheitsschutz heißt es, dass elektrische und magnetische Felder minimiert werden sollten: „Eine Minimierung entspricht den Grundsätzen des Strahlenschutzes und trägt dem Vorsorgegedanken bezüglich wissenschaftlicher Unsicherheiten und möglicherweise existenter, bislang aber noch unerkannter oder noch nicht nachgewiesener Risiken Rechnung.“

Das Ministerium räume also ein, dass noch nicht alle Bedenken zweifelsfrei ausgeräumt seien, folgert Müller aus der Antwort.

Der Bundestagsabgeordnete aus dem Rheingau-Taunus-Kreis kritisiert insbesondere die hessische Landesregierung, die sich anders als die Regierung Bayerns nicht für eine Erdverkabelung stark gemacht. Hessen habe stattdessen gegenüber dem Bund ausdrücklich auf eine Nutzung der Bestandsmasten gedrängt, „um das Verfahren möglichst schnell durchzudrücken“. Müller spricht von einem „Schlag ins Gesicht der Anwohner an der Trasse“. Die FDP lehne die Ultranet-Leitung nicht grundsätzlich ab, fordere aber eine Erdverkabelung wenigstens kleinräumig im Umfeld von Wohngebieten.

